

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Bauer in Köpelen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpelen.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpelen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Sankverein Artcn.

Nr 99

Donnerstag, den 21. August 1930

43. Jahrgang

Umriss des Gesamtprogramms.

Obwohl die Einzelheiten des Reformprogramms, das die Reichsregierung für den Herbst in Aussicht gestellt hat, noch nicht bekannt geworden sind, so lassen sich dessen Umriss doch mitteilweis zum Teil aus den bisherigen Maßnahmen und Versicherungen der Regierung erkennen. Danach umfaßt das Programm als Hauptpunkte das Finanzprogramm, das Agrarprogramm, das Öl- und Weizenprogramm, das Sozialprogramm, das Wirtschaft- und Verkehrsprogramm.

Von diesen Maßnahmen ist das Agrarprogramm bereits am weitesten vorwärtlich. Das Kernstück bildet die Erhöhung des landwirtschaftlichen Zollschutzes. Ausgehend von der Grundforderung der Landwirte, daß nicht Einzelzölle, sondern das gesamte System der Agrarzölle gehoben werden müsse, führten die bisherigen Maßnahmen zu dem Ergebnis, daß insbesondere für die gesamte Getreidewirtschaft, die früher laren Zölle in einer Generalvollmacht für die Regierung ausgingen, die effektive Zollhöhe nach Maßgabe der jeweiligen Wirtschaftslage zu bestimmen. Von diesen Vollmachten hat die Regierung durch Erhöhung des Weizens und Roggens Gebraucht gemacht und diesen Schutz noch durch eine Reihe von damit in Verbindung stehenden Maßnahmen verläßt. So ist das Agrarprogramm in wesentlichen Punkten durchgeführt. Das gleiche gilt von dem Öl- und Weizenprogramm, das gewisse organische Zusammenhänge mit dem Agrarprogramm aufweist.

Alle diese Maßnahmen sind indessen entscheidend abhängig von der Durchführung eines umfassenden Finanzprogramms, das man mit Recht als das Zentralproblem der deutschen Gegenwart zu bezeichnen pflegt. Was bisher auf diesem Gebiete geleistet wurde, ist jedoch alles andere als das, was man sich bei Annahme des neuen Planes darunter vorstellen. Der allgemeine Umbau unseres Finanzsystems unter gleichzeitiger wesentlicher Steuereinfaltung der Wirtschaft auf dem Ziele der Förderung der Kapitalbildung hat einer Zeit von Steuererhöhungen Platz machen müssen. Immerhin zeigt auch der Weg der deutschen Finanzpolitik der letzten Monate gewisse Anlässe für die unablässige Reform. Die Vorlage eines langfristigen Sparprogramms ist gesetzlich vorgeschrieben. Ob der in Steuererhöhungsprogramm genannte Betrag von mindestens 600 Mill., die im Haushalts 1931 eingepart werden sollen, tatsächlich erreicht wird, steht zwar dahin. Verloren ist aber die grundsätzliche Bestimmung, daß Einkünfte, wenn sie überhaupt erfolgen, für die Entlastung der direkten Steuern Verwendung finden müssen. Am tatsächlichen Einführungen bringt der Haushalt 1930 bereits 134 Mill. Reichsmark, während der Vorgänger des derzeitigen Finanzministers nur Einkünfte im Ausmaße von 25 Mill. RM. gleiches versprochen zu können. Bei den Steuererhöhungen hat sich der Grundgedanke der Verleugung von den direkten auf die indirekte Versteuerung bis zu gewissem Grade durchgesetzt, so daß man auch hier alles in allem von einem Fortschritt sprechen darf.

Die Durchführung des Finanzprogramms steht und fällt mit der Sozialreform. Diese Erfahrung aus der Vergangenheit sollte allmählich Allgemeingut werden. Die Arbeitslosigkeit mit ihren finanziellen Anforderungen an die öffentliche Hand gefährdet immer wieder die Ordnung der öffentlichen Finanzen. Die finanzielle Zukunftssicherung muß insofern ihre Ergänzung in sozialen Reformen des Systems finden. Gewisse Zielsetzungen zur Bekämpfung von Mißständen und Mißbräuchen brachte erstmals die Novelle zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschäftigung vom Herbst 1929. Weitere Zielsetzungen sind in der Steuerordnung enthalten. Vor allem aber bringt der neue Absatz 2 des § 262 den Anlaß für weitere Reformarbeiten durch die Bestimmung, daß der Höchstbedarf der Reichszuschüsse jeweils im Haushaltsgesetz bestimmt werden soll. Weiter enthält die Verordnung die wesentliche Bestimmung, daß die zukünftigen Fehlbeträge nur noch zur Hälfte vom Reich gedeckt werden und zur anderen Hälfte durch Erhöhung oder Mäßigung der Beiträge oder durch Verbindung beider Maßnahmen ihre Deckung finden sollen. Endlich enthält die Verordnung als Anlaß für die Reform der Krankenversicherung die grundsätzliche Überlassung bedeutungsvoller Leistungen für die Einführung des Selbstinteresses der Versicherten. Krankenscheine und Heilmittel werden in Zukunft nicht mehr völlig kostenlos abgegeben. Der Versicherte wird vielmehr in beiden Fällen zur Zahlung einer Gebühr von 50 Pf. verpflichtet. Man kennt die Bedenken, die dieser Regelung entgegenstehen. Die erzieherischen Vorteile überwiegen aber offensichtlich.

Der letzte Punkt des Gesamtprogramms, das Arbeitsbeschäftigungsprogramm, umfaßt 5 Teile: Aufträge der Post, Bestellungen der Reichsbahn, Arbeitsbeschäftigung durch die neugegründete deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten, den Wohnungsbau und die Straßenbauten. Soweit die hierzu aufgewendeten Mittel tatsächlich produktiver Verwendung zugeführt werden, wird man diesen produktiven Verbrauch zur Aufbahrung der Wirtschaft begrüßen können. Auch die Mäßigung der Regierung, durch die Vergebung der Aufträge Preiszugeständnisse zu erreichen, ist grundsätzlich zu billigen. Leider stimmen die „Erfolge“ der entsprechenden Aktion in den Jahren 1925/26 jedoch festlich.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß das Gesamtprogramm wesentliche Voraussetzungen für eine Gesundung unserer Wirtschaft schafft, abgesehen die letzten entscheidenden Probleme noch nicht in Angriff genommen sind. Das Zentralproblem der Wirtschaft, die Restabilität, ist eben keine Frage des guten Willens, sondern eine Frage der Selbsthilfe. Solange die Wirtschaft nicht durch Steuerabbau in die Lage gesetzt wird, diese Selbsthilfe zu leisten, ist noch nichts Entscheidendes geschehen. Hoffentlich werden die guten Anlässe der Notverordnung bei Aufstellung des endgültigen Programms zu ihren letzten Konsequenzen entwickelt.

Reformpläne des Reichskabinetts.

Wahlrechts- und Finanzreform.

Berlin, 20. August.
Das Reichskabinetts hat sich mit verschiedenen Reformplänen beschäftigt, die dem Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugeleitet werden sollen. Am weitesten gehen sind die Vorarbeiten des Kabinetts für die Wahlreform.

Die geplanten Maßnahmen beziehen sich lediglich auf eine Reform der Wahlgesetze. Sie lassen also die grundsätzlichen Wahlbestimmungen der Verfassung unangetastet. Das Reichskabinetts will offenbar auf diese Weise den Zwang einer verfassungsändernden Mehrheit, die im Reichstag erlangungsgemäß für grundsätzliche Reformen nicht zu bekommen ist, vermeiden. Infolgedessen verzichtet die Regierung auf eine Heranziehung des Wahlalters, wie das Reichsinnenminister Dr. Wirth bereits in einer Rede zum Ausdruck gebracht hat.

Der Entwurf des Reichsinnenministeriums gründet sich größtenteils auf die Vorarbeiten, die bereits von vertriebenen Abgeordneten Dr. Wirths geleistet worden sind.

Die wichtigste Maßnahme, die das Reichskabinetts vorgeschlägt, ist eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise.

Gegenwärtig bestehen 35 Wahlkreise, an deren Stelle später etwa 160 Wahlkreise treten sollen. Man würde es auf diese Weise erreichen, daß in den einzelnen Wahlkreisen höchstens je drei bis vier Abgeordnete gewählt werden können, was aus man sich eine engerer Verbindung zwischen Abgeordneten und Wählerchaft verpricht. Weitere Reformmaßnahmen zielen auf eine völlige Befreiung der Reichslisten hin. Die Berechnung der Reichslisten wird dann innerhalb der Wahlkreisverbände usw. zu erfolgen haben.

Die Vorarbeiten zur Finanzreform sind noch nicht so weit gediehen. Nach zuverlässigen Mitteilungen liegt hier ein fertig ausgearbeiteter Plan noch nicht vor. Der Reichsfinanzminister dürfte zunächst seine Vorstellungen innerhalb des Kabinetts eingehend entwickeln, die im wesentlichen auf eine Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern für einen längeren Zeitraum hinauslaufen. Erst auf Grund der Berichterstattung des Finanzministers und der anschließenden Erklärungen innerhalb des Kabinetts dürfte das Finanzministerium einen Referentenentwurf fertigen, der dann das Kabinetts noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt beschäftigen würde.

Infolgedessen entbehren auch alle Kombinationen über die Rolle, die bestimmte Steuerarten in den Reformplänen des Finanzministers spielen wollen, einwirkenden auch jeder greifbaren Grundlage.

Beschleunigte Berücksichtigung der Wahlreform

Berlin, 20. August.

Das Reichskabinetts hat den ganzen gestrigen Tag über die Wahlreform beraten. Wie zur erwarten, besteht die Ansicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Wähler nicht immer vollständig in Berlin anwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die geistige Vorbereitung hinaus in den allerersten Tagen weitergeführt werden, da bekanntlich auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

Eine Radikale Bauernpartei gegründet
Lepzig. Die sich andauernd weiter verärgerte Notlage der deutschen Landwirtschaft veranlaßte eine größere Anzahl Landwirte aus Mitteldeutschland, Sachsen, Westfalen und Schlesien, in Leipzig zu einer Versammlung zusammenzutreten, um Mittel und Wege zu suchen, wie den Forderungen der Landwirtschaft mehr Nachdruck verliehen werden kann. Nach längerer Beratung wurde die Gründung der „Radikalen Bauern-Partei“ beschlossen.

Winderheitenfragen in Genf.

Die Gegenheit des Völkerverbundes.

Genf, 20. August.

Schon auf der Tagung des Völkerverbundes in Madrid war beschlossen worden, daß von Seiten des Völkerverbundes die Annahme des Völkerverbundes auf die Beschwerden der Winderheiten veröffentlicht werden sollten. Man war aber damals schon der Ansicht, die bis jetzt auch noch nicht revidiert zu werden braucht, daß die Haltung des Völkerverbundes als durchaus minderheitenfeindlich betrachtet werden muß.

Diese Ansicht ist keinesfalls als irrig zu bezeichnen, denn nachdem bereits ein Jahr seit der Madrider Abstimmung ist seitens des Völkerverbundes bisher nicht eine einzige Veröffentlichung über die Stellungnahme der Delegationen zu den in recht großer Zahl eingegangenen Winderheitenbeschwerden erfolgt, und es hat trotz wiederholter Mahnungen auch gar nicht den Anschein, als ob es den ihm angegebenen Verpflichtungen nachkommen wolle. Besonders werden jedoch die kürzlich veröffentlichten Angaben des Völkerverbundes über die eingegangenen und vom Völkerverbund behandelten Winderheitenbeschwerden aufschrei freisetzen, da diese Angaben eine bestimmte Verleugung der Behandlung der Winderheitenbeschwerden durch den Völkerverbund und eine Täuschung der öffentlichen Meinung darstellt.

Man weiß darauf hin, daß der große Vorstoß Dr. Stresemanns auf der Tagung des Völkerverbundes in Lugano infolge der minderheitenfeindlichen Haltung des Völkerverbundes als völlig ergebnislos verlaufen ist.

Der große Hafer.

Paris, 20. August.

In der Rolle des Hüllers, aber einflussreichen Zeilabers an der Lardischen Politik vollendet Raymond Poincaré sein 70. Lebensjahr, rüstig an Leib und Seele, ungebunden im Hof gegen Deutschland und wenn auch nicht gefeiert, so hoch geehrt von seinem Volke, das in ihm den geachteten Vorkämpfer, geschickten Bündnispolitiker und „Retter des Vaterlandes“ feiert. Im Spiegel der französischen Parteien schwanzt sein Charakterbild gemäß noch erheblich, da eigentlich niemand sich rühmen kann, diesen edlen, verdienstvollen und heldenhaften Politiker zu kennen.

Wissen ist man nur von seinem eifernden Willen, seinem harten Festhalten an einmal eingeschlagenen Bahnen und um keine Rücksicht, vor nichts zurückweichende Zielstrebigkeit.

Er, der aus Vorjahren Hammi, und alles daran setzte, dieses Land wieder mit Frankreich zu vereinigen, der eben nur in dieser Hinsicht sich immer noch demütig und für sein Land nicht den graden überlebender von Bourbonnais für eine Stimmung, die der bei jeder Wahl ein Unrechts von selbst eine Wirt-Poincaré zurück-

Suhtigen, die so auch die äußeren

Plan, die zum er sich die vollgehenden Deutsch- des Völkerverbundes, Er verach- bis vor.

um feil jeder un- in der Masse es: und Unter- bis ins dritte

elehrbare Mann dem Eintritt ins Seite abgeben können, dafür hat das deutsche Volk zwölf durch ihn ge-hten, hat durch die aufgepeitschte Art, wie er den „Siege“ Frankreichs ausnutzte, zwölf ertragen müssen.

Der Preis für Ostkorano.

Eine französische Stimme zur Korridorfrage.

Paris, 19. August.

Der bekannte Politiker Jüde beschäftigt sich in der französischen Zeitung „Le Bolant“ mit der Korridorfrage. Er legt in seinem Vollen sehr richtig:

Wenn Polen, als es die vollständige Anlage des Hafens von Gdingen in Angriff nahm, sich nicht vorwiegend von militärischen Erwägungen, fast von wirtschaftlichen lassen ließ und wenn das wirtschaftliche Problem nicht durch militärische Fragen verdrängt worden ist, läge Polen gut daran, sich nach den Erfahrungen anderer umzusehen.